

Welche Maßnahmen empfehlen sich,
um die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit
und Familie zu verbessern?

GUTACHTEN F
für den 60. Deutschen Juristentag

Erstattet von
DR. MAXIMILIAN FUCHS
o. Professor a. d. Kath. Universität Eichstätt/Ingolstadt



C.H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1994

Inhaltsverzeichnis

A. Die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit	F	9
I. Inhaltliche Bestimmung der Forderung	F	9
1. Möglichkeiten der Verbindung von Familie und Beruf	F	9
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Ein einheitliches Konzept?	F	11
3. Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit – Zum Meinungsstand	F	12
II. Gründe für die Forderung nach einer Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit	F	13
1. Notwendigkeit der Verbindung von Familie und Beruf aufgrund äußerer Umstände	F	13
2. Der Wunsch der Frauen nach Erwerbstätigkeit	F	15
3. Erwerbskontinuität und eigenständige soziale Sicherung	F	16
4. Gefährdung der Kindererziehung als Gegenargument?	F	16
5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Männer	F	17
III. Die politische und rechtliche Anerkennung der Forderung nach einer Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit	F	18
1. Der gesellschaftlich-politische Konsens betreffend die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit	F	18
2. Die rechtliche Anerkennung der Forderung	F	19
B. Familien- und Erwerbsarbeit	F	22
I. Die Trennung von Familien- und Erwerbsarbeit in der modernen Kernfamilie	F	22
II. Die Rezeption des Modells durch die Rechtsordnung	F	24
1. Das Familienrecht im BGB von 1896	F	24
2. Das Sozialversicherungsrecht von 1911	F	25
III. Die Veränderung familialer Lebensmuster durch die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit	F	28
1. Der Prozeß der Individualisierung und die Veränderung familialer Lebensmuster	F	28

1.1. Der sozio-ökonomische Befund der Individualisierung	F	28
1.2. Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit	F	29
2. Die Veränderung des rechtlichen Rahmens	F	31
2.1. Die Entwicklung im Familienrecht	F	31
2.1.1. Das Gleichberechtigungsgesetz vom 25. Juni 1957	F	31
2.1.2. Das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts (1. EheRG) vom 14. Juni 1976	F	32
2.2. Individualisierung im nahehelichen Unterhaltsrecht (Prinzip der Selbstverantwortung)	F	34
3. Der Einstieg in eine eigenständige Alters- und Invaliditätssicherung der Frau	F	37
3.1. Der Versorgungsausgleich	F	37
3.2. Flankierende Maßnahmen unterhaltsrechtlicher Art	F	38
C. Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Der Status quo	F	40
I. Gründe für die Nichtausübung einer Erwerbstätigkeit	F	40
1. Engpässe des Arbeitsmarktes	F	40
2. Fehlende außerfamiliäre Betreuungsmöglichkeiten	F	41
II. Die geschlechtsspezifische Dimension: Familienarbeit ist Frauenarbeit	F	44
1. Dominanz tradierter Rollenvorstellungen	F	44
2. Finanzielle Gründe (Opportunitätskosten)	F	45
III. Die Folgen bei familienbedingter Nichterwerbstätigkeit	F	45
1. Ökonomische Nachteile	F	45
2. Berufliche Nachteile (Entwertung der Arbeitskraft)	F	47
3. Nachteile im Bereich der sozialen Sicherung	F	47
IV. Kompensatorische Maßnahmen des Sozialrechts	F	50
1. Der Familienlastenausgleich	F	50
2. Maßnahmen der Wiedereingliederung nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG)	F	52
2.1. Probleme des Wiedereintritts in das Berufsleben nach der Kinderbetreuung	F	52
2.2. Das Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes	F	54
2.2.1. Berufliche Fortbildung	F	54
2.2.2. Berufliche Umschulung	F	56

2.2.3. Einarbeitungszuschuß und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	F	56
3. Finanzielle Unterstützung bei Arbeitslosigkeit	F	58
3.1. Arbeitslosengeld	F	58
3.2. Arbeitslosenhilfe	F	60
4. Die Verbesserung der rentenversicherungsrechtlichen Stellung der Frau	F	61
4.1. Besonderes Altersruhegeld für Frauen (§ 39 SGB VI)	F	61
4.2. Rente nach Mindesteinkommen	F	62
4.3. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten . . .	F	63
 D. Reformvorschläge	F	64
I. Reformperspektive	F	64
1. Erwerbstätigkeit als Faktum und (überragender) gesell- schaftlicher Wert.	F	64
2. Individualisierung und Pluralisierung der Lebensfor- men	F	65
3. Das Verhältnis von Familie und Beruf	F	67
II. Außerfamiliäre Betreuungseinrichtungen	F	69
1. Die zentrale Bedeutung außerfamiliärer Betreuungs- möglichkeiten für die Vereinbarkeit von familiärer und beruflicher Tätigkeit	F	69
2. Das Förderkonzept des SGB VIII	F	70
2.1. Die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen nach §§ 22–26 SGB VIII.	F	70
2.2. Jugendhilfeplanung	F	72
2.3. Zur Frage des Rechtsanspruchs auf Inanspruchnah- me von Betreuungseinrichtungen (§ 24 SGB VIII). .	F	73
3. Die Umsetzung der Neuregelung in der Praxis	F	75
4. Reformbedarf	F	79
III. Der Reformbedarf im Bereich der sozialen Sicherung	F	80
1. Das Grundproblem im Sozialversicherungsrecht	F	80
2. Die gesetzliche Krankenversicherung	F	81
3. Die Rentenversicherung	F	81
3.1. Die Ausgangslage	F	81
3.2. Lösungsvorschlag: Phase 1 (Geburt bis zum 3. Le- bensjahr des Kindes)	F	85
3.3. Lösungsvorschlag: Phase 2 (Beginn des 4. Lebens- jahres bis zum 15. Lebensjahr des Kindes)	F	87
3.3.1. Das Problem der Beitragslast	F	89

3.3.1.1. Steuerrechtliche Entlastung	F 91
3.3.1.2. Kindergeldrechtliche Flankierung des Vorschlags	F 92
3.3.2. Das Argument des Druckes zur Erwerbstätigkeit	F 93
3.3.3. Die Vorteile des Reformvorschlags	F 94
3.3.3.1. Erfüllung der Forderung nach einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau.	F 94
3.3.3.2. Die Beachtung des Versicherungs- prinzips in der Rentenversicherung.	F 95
3.3.3.3. Notwendigkeit steuerrechtlicher Bei- tragssubventionierung	F 97
3.3.3.4. Beachtung verfassungsrechtlicher Vorgaben	F 98
3.3.3.5. Kompatibilität mit dem BGB-Ehe- und Unterhaltsrecht	F 100
3.3.3.6. Vereinbarkeit von Familie und Er- werbstätigkeit	F 103
3.3.4. Bedingungen der Realisierung des Reform- vorschlags	F 105
4. Das Erziehungsgeld	F 107
4.1. Höhe des Erziehungsgeldes	F 108
4.2. Kompatibilität mit der Ausübung einer Erwerbstätigkeit	F 110
4.3. Exkurs: Die schwedische Elternversicherung	F 112
IV. Arbeitsförderung und Geldleistungen bei Arbeitslosigkeit	F 114
1. Ansprüche auf Arbeitsförderungsmaßnahmen	F 114
2. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	F 116
Zusammenfassung und Thesen	F 117